

presse

Transparenz für soziale Unternehmensverantwortung schaffen

Zur morgigen Einbringung des Antrags der SPD-Fraktion für mehr Transparenz der sozialen Unternehmensverantwortung erklären die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und die zuständige Berichterstatterin Gabriele Hiller-Ohm:

Wir wollen Unternehmen verpflichten, Informationen zu sozialen und ökologischen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit offenzulegen – nach einheitlichen Standards, wahrheitsgemäß und vollständig. Seit einem Jahr bemüht sich die Europäische Kommission eine wirksame Strategie für Unternehmensverantwortung auf den Weg zu bringen. Ziel ist die Förderung von Transparenz der sozialen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit von Unternehmen, die bislang meist allein über finanzielle Informationen berichten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich während der Verhandlungen als massiver Bremsklotz erwiesen.

Wir wollen der lahmen Bundesregierung mit unserem Antrag für mehr Transparenz endlich „Beine machen“. Dazu sind klare und verbindliche Regeln nötig, die über freiwillige CSR-Aktivitäten der Wirtschaft hinausgehen. Es muss öffentlich werden, wo Niedriglöhne gezahlt werden, wie viele Arbeitsunfälle passieren, ob Betriebsräte vorhanden sind und wie Kinderarbeit bei den Zulieferbetrieben verhindert wird.

Erst im September waren in einer Jeans-Fabrik in Pakistan, die den deutschen Textildiscounter KiK belieferte, 250 Menschen verbrannt, weil es weder Notausgänge noch Brandschutzvorkehrungen gab. Solche Missstände, die zu schrecklichen Unglücken führen können, müssen unbedingt aufgedeckt und verhindert werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf gesicherte, vergleichbare Informationen angewiesen. Nur so können sie sich für fair und nachhaltig hergestellte Produkte entscheiden. Der Preis allein gibt darüber keine Auskunft. Im Gegenteil: Vorbildlich wirtschaftende Unternehmen können bisher durch Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen bei der Konkurrenz vom Markt

verdrängt werden. Erst die von der SPD-Fraktion geforderte Transparenz macht fairen Wettbewerb möglich.